

Mitgliederzeitung der **Interessengemeinschaft Betrugsofferhilfe*** **KRITISCH** * **UNABHÄNGIG** * **ÜBERPARTEILICH** ***Klartext**

DEUTSCHLAND : RECHT-STÄATLICHKEIT NUR NOCH AUF DEM PAPIER ?

Kommentar

J.W. Rösler

Deutschland, ein Land in Unruhe.

Arbeitslosigkeit, maßlose Geldgier einiger Topmanager, die gleichzeitig Mitarbeiter haufenweise entlassen oder die Ihnen anvertrauten Unternehmen vor die Wand fahren.

Übersversorgung unserer Volksdiener (Politiker, höhere Beamte), begleitet mit den Floskeln, wir (gemeint sind natürlich nur die Bürger, nicht die Politiker) müßten Einschnitte zum Wohle des Ganzen hinnehmen.

Es gibt einfach zu viele Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte, die offenbar davon ausgehen, daß Recht und Gesetz lediglich – willkürliche – Auslegungssache sei.

Anzuprangern gäbe es noch unendlich mehr.
Wie sagte schon Genosse Honecker:
„Heute stehen wir am Abgrund – Morgen sind wir einen Schritt weiter.“

Allem Anschein nach gibt es Kräfte in unserem Lande, die die Geschichte „OST“ in der Geschichte „WEST“ wiederholen wollen.

**AUCH DAS IST NACH
UNSERER AUFFASSUNG
BETRUG –
UND ZWAR VOLKSBETRUG !**

Keine Immunität mehr für kriminelle „Personen des öffentlichen Lebens“ !

Wuppertal - In den nächsten Ausgaben werden wir verstärkt auf Betrugsfälle und deren Folgen eingehen. Wir werden uns nicht mehr scheuen, Namen der „Staatsdiener“ zu nennen, die durch Faulheit, grob fahrlässiges oder sogar bewußtes Fehlverhalten selbst Straftaten begehen und dadurch Straftäter schützen und deren Opfer weiter schädigen und verhöhnen.

Geht die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf sachdienlichen Hinweisen nicht nach?

Düsseldorf - Eine Anzeige wegen Verdachts auf Betrug und Testamentfälschung stellt die StA Düsseldorf ein, ohne den sachdienlichen Hinweisen zur Beweisaufnahme nachzugehen. Dies geht zumindest aus den Akten hervor. Sie glaubt offenbar, damit die seit Jahren anhaltenden Fehlurteile, Falschermittlungen und Gesetzesbrüche absichern zu können. - Wir bleiben dran !

Petitionsausschuß in Düsseldorf verweigert Auskunft

Düsseldorf - In unserer Oktober-Ausgabe wurde darüber berichtet, wie eine Staatsanwältin unter Androhung einer Strafanzeige versuchte, die Rücknahme einer eingereichten Petition zu erreichen. Wir hatten den Petitionsausschuß um Stellungnahme gebeten. Trotz Erinnerung wurde unsere Anfrage aus August 2004 noch immer nicht beantwortet!

Sind „unseren“ politischen „Volksvertretern“ die Bürger so unendlich egal? Betreibt der Petitionsausschuß Artenschutz für Politiker, Beamte und Juristen? Oder stecken diese Leute selbst so tief in diesem Sumpf, daß sie auf berechnete Anfragen nicht reagieren können? – Wir bleiben dran !

Betrugsoffer verübt Selbstmord

Espelkamp - Ein gemeines Betrügerpaar hat einen 88-jährigen Rentner aus Espelkamp um seine gesamten Ersparnisse gebracht. Das Paar hatte dem Opfer vorgegaukelt, ihn im neuen Haus aufnehmen zu wollen. Voraussetzung dafür sei allerdings seine Beteiligung an den Baukosten. Das Geld steckte das Paar ein. **Als der Rentner die Täuschung bemerkte, erstickte er sich aus Wut und Scham mit einer Plastiktüte.**

Korruption kostet Wirtschaft 50 Mrd. Euro

Nach Schätzungen des Wirtschaftswissenschaftlers Johann Graf Lambsdorf von der Uni Passau beläuft sich der Schaden 2004 auf 50 Milliarden Euro. Deutschland liegt damit weltweit auf Platz 15. –

Eine immense Summe, die jedoch noch höher ausfallen würde, würden alle anderen Betrugsdelikte – auch die mit „*Im Namen des Volkes*“ abgesegneten – hinzugerechnet!

Deutschland nur noch auf Platz 11 der Pressefreiheit

Nach internationalen Umfragen zur Pressefreiheit liegt Deutschland weltweit nur noch auf Rang 11 – vorher Platz 7! Dies ergab eine Umfrage des Vereins „*Reporter ohne Grenzen*“ bei Journalisten, Wissenschaftlern und Juristen. Spitzenreiter bei der Wahrung der Pressefreiheit sind die skandinavischen Länder mit Dänemark und Finnland.

Experten kritisierten, daß in Deutschland Redaktionsräume durchsucht würden und Behörden dazu Informationen verweigerten.

Justiz – Reform geplant

Berlin – Unter dem irreführenden Begriff „Justizreform“ bereiten die Justizminister von Bund und Ländern die umfassendsten Einschnitte seit 100 Jahren in die Bürgerrechte auf Justizebene vor. Danach sollen u.a. Urteile gegen Autofahrer mit Geldbußen bis 500 Euro unanfechtbar sein. –

Man bedenke, wie viele „Knöllchen“ und Bußgelder bisher allein wegen **e r w i e s e n e r** technischer oder menschlicher Fehler erfolgreich angefochten werden konnten. Die Beschneidung der bürgerlichen Rechte kann nur als ein weiteres Indiz für die skrupellose und menschenverachtende Gesinnung der selbsternannten „Obrigkeit“ verstanden werden.

Autofahrer- Tip

Falschparker, die im Auto sichtbar ihre Handy-Nummer hinterlassen, müssen nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe keine Abschleppkosten zahlen. Die Ordnungshüter müssen nämlich einen Anrufversuch unternehmen, bevor sie das Fahrzeug abschleppen lassen, urteilte das Gericht. Länger als 5 Minuten brauchen sie allerdings nicht auf den Fahrer zu warten (Az 8K3615/00)

Dem Verwarnungsgeld für verkehrswidriges Parken entgeht der Verkehrssünder dabei nicht – die happigen Abschleppkosten kann er sich jedoch für die nächste Verwarnung sparen.

Der überwachte Bankkunde

Unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung wollen die EU-Staaten

– auf ganz besonderes Betreiben Deutschlands – nun den gläsernen Bank-Bürger.

Nach dem Willen der „Volksvertreter“ sollen ab 01. April 2005 die Finanzämter, später weitere Behörden, ohne Wissen des Bankkunden Informationen bei den Banken und Sparkassen direkt aus deren Computer abrufen können, ohne daß die Kreditinstitute es selbst bemerken – ohne Grund und richterliche Entscheidung!

Experten sagen dazu : **Die Stasi wäre auf ein solches System stolz gewesen !**

Dieses verfassungsrechtlich sehr zweifelhafte Vorgehen unserer Diener aus Verwaltung und Politik ist nur ein weiterer Schritt hin zu Bürgerentmündigung und Enteignung!

Übrigens : Die EU – allen voran Deutschland - hat u. a. auf die Schweiz Druck ausgeübt, sich den EU-Vorschriften zu unterwerfen und das Bankgeheimnis aufzuheben, ein schon 1934 von **Adolf Hitler** unternommener, ebenfalls vergeblicher, Versuch.

- Sind Sie selbst durch betrügerische Machenschaften finanziell, gesundheitlich oder familiär erheblich geschädigt worden?
- Welche Erfahrungen haben Sie mit Rechtsanwälten, Staatsanwälten und Richtern oder anderen Hilfsorganisationen gemacht?

Falls wir Ihre Zuschrift veröffentlichen können, senden Sie uns diese bitte mit dem Zusatz „LESERBRIEF“ zu. (Leserbriege veröffentlichen wir auf Wunsch auch anonym, wenn uns der Absender bekannt ist)

Impressum
Interessengemeinschaft Betrugsofferhilfe
Postfach 13 18 47 42045 Wuppertal
Tel. : 0173 80 92 517 Fax : 01212 5 331 08 459
www.betrugsofferhilfe.de
info@betrugsofferhilfe.de

Klartext
erscheint monatlich unter
www.betrugsofferhilfe.de
Ausdruck und
Vervielfältigung
ausdrücklich erwünscht.

Schlußwort für Träumer :
**Wer Probleme angeht wie
der Vogel sprichwörtliche Strauß,
muß sich nicht wundern,
wenn er Sand zwischen den Zähnen hat**